

# Aktuelle Post aus dem Kreistag (5)



13. Oktober 2016

Liebe Freundinnen und Freunde!  
Liebe Genossinnen und Genossen!

Wir berichten von der Kreistagsitzung am 12. Oktober 2016. Immer noch konstituieren sich Gremien und die Sitzung besteht zum Großteil aus Wahlen zu den Verbandsversammlungen: Kommunales Rechenzentrum, Zweckverband Niddaradweg, Landeswohlfahrtsverband Hessen usw... Gewählt wurden auch die beiden neuen hauptamtlichen Kreisbeigeordneten.

Außerdem brachte der Landrat den Haushaltsentwurf für die Jahre 2017/2018 ein. Schon im Dezember soll der Doppelhaushalt beschlossen werden.

Das sind die heutigen Themen:

1. Wahl der hauptamtlichen Kreisbeigeordneten  
Stephanie Becker-Bösch (SPD) zur Sozialdezernentin und  
Jan Weckler (CDU) zum Ersten Kreisbeigeordneten und Schuldezernenten
2. Wahl der Vertreter für den Landeswohlfahrtsverband Hessen
3. Antrag DIE LINKE. / Piraten: Fortschreibung der Erhebung „Sozialwohnungen im Wetteraukreis“
4. Antrag DIE LINKE. / Piraten: Anhebung des Entgelts für Noteltern
5. Entwurf für einen Doppelhaushalt 2017 / 2018

... und außerdem vier Anfragen der Fraktion DIE LINKE. / Piraten  
an den Kreisausschuß:

Anfrage 'Nutzung und Belegung des Hauses Hubertus'

Viele Fragen zum Jobcenter Wetterau

Anfrage 'Privatfirmen in der Flüchtlingsarbeit – z. B. Lamane UG'

Anfrage 'Schulschwimmen im Wetteraukreis'

Wohnen macht arm.

# Bezahlbarer Wohnraum für ALLE!



## Diskussionsforum zur Wohnungspolitik

mit Dr. Sebastian Schipper  
(Institut für Humangeographie, Uni Frankfurt),  
Franz Parteder (KPÖ Graz)



und sozial engagierten Gästen aus der  
Wetterau. Interessierte Bürger/innen sind  
herzlich zur Diskussion eingeladen!  
Schirmherr: Dr. Ulrich Wilken,  
Vizepräsident des Hessischen Landtags.

10. November 2016, 19 Uhr  
Friedberg, Kaiserstraße 2

Gerne werben wir noch einmal für eine  
Veranstaltung des Vereins „Linke Hartz4-  
Hilfe Wetterau“:

Am 10. November um 19 Uhr findet in  
Friedberg, Kaiserstraße 2, ein  
wohnungspolitisches Forum statt.  
Hochkarätige Referenten werden  
alternative Vorstellungen zur derzeitigen  
Wohnungspolitik vorstellen:

Dr. Sebastian Schipper von der Uni  
Frankfurt ist Humangeograph. Das heißt,  
er beschäftigt sich mit Stadtforschung.  
Er wirft einen kritischen Blick auf die  
Privatisierung öffentlicher Einrichtungen,  
der neoliberalen Umgestaltung der Städte  
zu Wirtschaftsunternehmen und der  
daraus folgenden städteplanerischen  
Entscheidungen. Derzeit arbeitet er für die  
"Deutsche Forschungsgemeinschaft" zum  
Thema Wohnraumversorgung.

Franz Parteder kommt aus Graz. Dort  
betreibt die KPÖ seit Jahren eine aktive  
Wohnungspolitik im Stadtrat.

Schwerpunkt ist der Erhalt der städtischen Wohnungen und der Neubau von Sozialwohnungen zu bezahlbaren Mieten. Das wirkt sich mietpreisdämpfend am Wohnungsmarkt aus. Denn auch in Graz spekulieren private Miethäuser und versuchen die Mieten nach oben zu treiben.



Eingeladen sind alle  
interessierten Menschen,  
Mieterinnen und Mieter,  
politisch Verantwortliche,  
Gewerkschafterinnen und  
Gewerkschafter, sozial  
engagierter Menschen... Der  
Verein „Linke hartz4-Hilfe  
Wetterau“ möchte  
gemeinsam mit den  
Teilnehmer/innen des Forums  
nach Lösungsvorschlägen  
suchen. Diskutieren Sie mit,  
wie sich Wohnungspolitik  
verändern kann!

Infostand in Friedberg

## **Wahl der hauptamtlichen Kreisbeigeordneten:**

### **Sozialdezernat und Schuldezernat**

Mit den Stimmen von SPD und CDU wurde Stephanie Becker-Bösch (SPD) zur Sozialdezernentin des Wetteraukreises gewählt. Von den 80 anwesenden Abgeordneten (der Kreistag hat 81 Mitglieder) votierten 48 mit „Ja“ und 32 stimmten dagegen.

Mit dem gleichen Stimmergebnis wurde Jan Weckler (CDU) zum Ersten Kreisbeigeordneten und Schuldezernenten gewählt.

Die Fraktion DIE LINKE. / Piraten stimmte mit Nein.

Unsere Gründe legten wir in der folgenden Rede dar:

*„Herr Kreistagsvorsitzender, meine Damen und Herren, heute wird der Kreistag mit SPD und CDU – Mehrheit die Geschenkebox aufmachen: Natürlich nicht für Soziales. Nein! Für Pöstchen! Und da spielt Geld anscheinend jetzt keine Rolle mehr.*

*Wir werden Ihre Kreisbeigeordneten nicht wählen, meine Damen und Herren.*

*In den letzten Jahren wurden alle Haushaltsposten auf Einsparungen überprüft.*

*Die Abteilungen der Kreisverwaltung mussten ihre Budgets durchforsten, um Einsparpotentiale zu finden und zu realisieren. Sparen war das erste Ziel. Selbst Kleckerbeträge wurden gestrichen. Die meisten Abstriche gab es im sozialen Bereich.*

*Und das ist jetzt alles unwichtig? Weil es um Parteienproporz und Posten geht?*

*Sollten Sie mittlerweile zu der Ansicht gekommen sein, dass wieder mehr Geld ausgegeben werden soll, dann machen Sie die sozialen Kürzungen rückgängig:*

- *Arbeiten Sie realistische Mietobergrenzen aus.*
- *Sorgen Sie für einen kostenfreien Schülerverkehr.*
- *Machen Sie die Zentralisierung der Verwaltung zu Lasten des Ostkreises rückgängig.*
- *Erweitern Sie wieder die Angebote der Schuldnerberatung und der psychosozialen Beratungsstellen.*
- *Zahlen Sie den Noteltern ein angemessenes Entgelt.*

Ein Blick in den Haushaltsentwurf zeigt: durch diese beiden Stellen hat sich der Haushaltsposten „Hauptamtliche Dezernate/Personalaufwendungen“ beinahe verdoppelt: von 638.731 Euro auf 1.118.344 Euro. Dazu kommen die Versorgungsaufwendungen, die von 722.669 Euro auf 1.743.300 Euro steigen und dann weitere vier Jahre bei ca. 950.000 Euro liegen werden.

## **Wahl der Vertreter/innen für die Verbandsversammlung des Landeswohlfahrtsverbandes (LWV) Hessen**

DIE LINKE. hatte dieses Mal eine Kandidatenliste aufgestellt. Fünf Kreise bilden einen Wahlbezirk: Wetterau, Hochtaunus, Limburg-Weilburg, Rheingau-Taunus und Main-

Kinzig. Der LWV unterstützt behinderte, psychisch kranke und sozial benachteiligte Menschen in ihrem Alltag und im Beruf, betreut Kriegsbeschädigte, deren Angehörige und Hinterbliebene, ist Träger von Förderschulen und Frühförderstellen und er ist Alleingesellschafter der Vitos GmbH, die einen wesentlichen Teil der psychiatrischen Versorgung in Hessen sicherstellt.

Die Mehrheit in der Verbandsversammlung hatten zuletzt CDU und Grüne, die leider eher Sozialabbau betreiben als soziale Sicherung.

Bisher war die mittelhessische LINKE nicht in der Verbandsversammlung vertreten – doch seit der Kommunalwahl 2016 haben wir mehr Abgeordnete in den Kreistagen und damit die Chance auf mindestens einen Sitz. Es würde reichen, wenn alle Linken Abgeordneten für DIE LINKE-Liste stimmen. Die Wahlen in den anderen Kreisen sind noch nicht abgeschlossen.

Im Wetteraukreis konnte DIE LINKE-Liste 11 Stimmen auf sich vereinigen. Also wesentlich mehr als unsere vier Kreistagsabgeordneten haben LINKS gewählt. Das freut uns!

### **Antrag DIE LINKE. / Piraten: Fortschreibung der Erhebung 'Sozialwohnungen im Wetteraukreis'**

Im Sommer 2013 wurden Daten zum sozialen Wohnungsbau im Wetteraukreis erhoben. Im September 2012 hatte DIE LINKE beantragt: der Wetteraukreis soll bei der Wohnungsbaugesellschaft 'Nassauische Heimstätten' darauf dringen, dass im Wetteraukreis bezahlbare Wohnungen gebaut werden. Der Wetteraukreis besitzt kleine Anteile an dieser Wohnungsbaugesellschaft. Doch die Kreisspitze hatte nicht wirklich Lust, sich dafür stark zu machen. Also stellte die SPD einen Änderungsantrag: man müsse ja erst einmal sehen, wie es um die Sozialwohnungen im Wetteraukreis bestellt sei. Mit dieser Erhebung wurden damals der Bestand an Sozialwohnungen erfasst und die Planungen der Kommunen erfragt.

Wir regten nun an, diese Erhebung zu aktualisieren. Dafür gibt es Gründe:

Die Nachfrage am Wohnungsmarkt ist gestiegen. Eine Prognose des Pestel-Instituts, wonach in der Wetterau im Jahr 2017 rund 2800 Wohnungen – besonders Sozialwohnungen – fehlen werden, ist nicht mehr up to date. Das ist mittlerweile zu niedrig gegriffen. Zuzüge in die Region und die Migration von Flüchtenden haben einen höheren Wohnungsbedarf zu Folge.

Einige Kommunen haben inzwischen zaghafte begonnen, Wohnungen zu bauen.

Es wäre also gut, wenn die Zahlen aktualisiert würden. Wir halten es für notwendig, dass der Bedarf an Wohnungen fundiert eingeschätzt werden kann.

Dieser Antrag wurde etwas halbherzig in den Ausschus für Regionalentwicklung, Umwelt und Wirtschaft überwiesen.

## **Antrag DIE LINKE. / Piraten: Anhebung des Entgelts für Noteltern**

Im Jahr 2013 hatten wir die Kürzung des Entgelts für Eltern in Notbereitschaft vehement bekämpft. Bereitschaftspflegefamilien nehmen Kinder auf, die in Not sind und in Obhut genommen werden müssen. Es ist eine Arbeit, die hohes Engagement erfordert. Eine ausreichende Vergütung müsste für so eine wichtige Leistung selbstverständlich sein. Doch die Koalition aus SPD, Grünen und FDP wollte sparen. Danach haben wir immer wieder eine Anhebung des Entgelts beantragt. Zum letzten Mal im Mai 2015. Damals stellte die CDU einen Änderungsantrag, der unseren Antrag zu weiten Teilen kaperte. Die damalige Koalition lehnte ihn mit ihrer Mehrheit ab.

Dieses Mal haben wir den Spieß umgedreht.

Das ist unsere Rede:

*„Es ist mir eine besondere Freude, heute einen Antrag der CDU zu begründen. Gestellt wurde er in der Kreistagssitzung am 20. Mai 2015, Tagesordnungspunkt 9, Änderungsantrag der CDU - Fraktion zu einem Antrag der Linken. Das Abstimmungsergebnis sah 2015 so aus: Ablehnung durch die damalige Koalition SPD, Grüne und FDP. Wir stellen heute diesen Antrag neu. Im Wortlaut des CDU-Antrags von damals. In einer Konstellation, die es der CDU heute möglich macht, ihren damaligen Antrag durchzubringen, freuen wir uns sehr auf das Abstimmungsergebnis. Endlich werden die Noteltern für ihre wichtige Tätigkeit wieder mehr Geld erhalten.“*

Manchmal macht Parlamentsarbeit ja auch Spaß: die verblüfften Gesichter bei der CDU waren unbezahlbar. Sie hatten im Vorfeld ihren eigenen Antragstext nicht identifiziert. Wir hatten lediglich „CDU“ durch „LINKE“ ersetzt.

Der Antrag ist hier zu finden:

<http://www.die-linke-wetterau.de/content/2012-06-11-08-40-18/antr%C3%A4ge/697-anhebung-des-entgelts-f%C3%BCr-noteltern.html>

Der Antrag wurde in den Ausschuss „Jugend, Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung“ überwiesen. Auf das Ergebnis der Beratung darf man gespannt sein.

## **Entwurf des Doppelhaushalts 2017 / 2018**

Der Haushaltsentwurf ist gut 950 seiten stark. Die Fraktionen haben nun dreieinhalb Wochen Zeit, um eine erste Sichtung vorzunehmen und Fragen an den Kämmerer – das ist der Landrat – zu stellen. In der 45. Kalenderwoche ist die zweite Lesung und drei Wochen danach die dritte.

Die Haushaltsdebatte und Beschlussfassung findet am 7. Dezember 2016 im Kreistag statt.

## **Anfragen der Fraktion DIE LINKE. / Piraten an den Kreisausschuss:**

### **Anfrage 'Nutzung und Belegung des Hauses Hubertus'**

Zur Nutzung und Belegung des Hauses „Hubertus“ bittet die Fraktion DIE LINKE./PIRATEN um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie viele unbegleitete minderjährige Flüchtlinge lebten in 2016 – bitte aufgeschlüsselt nach Monaten - im Haus Hubertus?
2. Wie hoch ist die durchschnittliche Verweildauer der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge?
3. Wird der Jugendhilfestandard eingehalten?
4. Kennt die Heimaufsicht die Einrichtung?  
Und wenn es langfristige Unterbringungen im Haus Hubertus geben sollte: ist die Heimaufsicht einverstanden?
5. Welche anderen Einrichtungen für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge gibt es im Wetteraukreis und wie sind sie im Jahr 2016 belegt gewesen?

### **Anfrage zum Jobcenter Wetterau**

Es gibt einen Beschluss des Kreistages, nach dem die Leitung des Jobcenters Wetterau halbjährlich im Sozialausschuss berichten soll. Es geht einmal um einen Bericht zur Arbeit des Jobcenters und zu den hauptsächlichen Arbeitsfeldern/Problemlagen. Zum anderen um einen Ausblick, was in Zukunft ansteht. Der letzte Bericht wurde von Herrn Wiedemann im Juli 2015 im Sozialausschuss gegeben. Es war dies der einzige Bericht in 2015. In 2016 ist noch gar nicht berichtet worden. Wir möchten Sie bitten, der Beschlusslage des Kreistags gerecht zu werden.

Bis dahin hat die Fraktion DIE LINKE. / Piraten schon mal die folgenden Fragen:

1. Uns liegen Informationen vor, dass ein/e Leistungsbezieher/in von ALG II bei Umzug in eine Wohngemeinschaft nicht mehr die Mietobergrenze von 360,- Euro/pro Person (Vergleichsraum 1) ausschöpfen darf. Wir hörten, es liege eine interne Obergrenzenregelung vor, die pro Person in einer Wohngemeinschaft eine Obergrenze von 280,- Euro vorgibt.
  - 1a) Gibt es interne Anweisungen, die eine niedrigere Mietobergrenze für Wohngemeinschaften festlegen?  
Wenn ja, wieso gibt es für Wohngemeinschaften diese niedrigeren Mietobergrenzen?
  - 1b) Falls ja, wer hat diese Abweichungen von der Mietobergrenze festgelegt?
  - 1c) Warum ist die niedrigere Mietobergrenze für Wohngemeinschaften nicht in den veröffentlichten Tabellen des Jobcenters und des Wetteraukreises aufgeführt?
2. Anerkannte Flüchtlinge, die in den Städten und Gemeinden des Wetteraukreises, in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht sind, schließen bis zum Umzug in eine eigene Wohnung mit den zuständigen Behörden Mietverträge ab. Obwohl in den Unterlagen klar

zu erkennen ist, wie hoch der Mietzins und wie hoch die Umlagen sind, fordern die Sachbearbeiter des Jobcenters regelmäßig die Vorlage einer vom Vermieter (in diesen Fällen von den Städten und Gemeinden) ausgefüllten Mietbescheinigung.

2a) Wieso werden trotz Mietvertrag Mietbescheinigungen verlangt?

2b) Gelten die Datenschutzbestimmungen in diesem Fall für die Geflüchteten nicht?

3. Anerkannte Flüchtlinge mit einer Fiktionsbescheinigung haben in einigen Fällen Schwierigkeiten, ein Bankkonto zu eröffnen.  
Wie verfährt das Jobcenter in diesen Fällen?
4. Der §14 Abs. 2 SGBII wurde von der Bundesregierung im Zuge der „Rechtsvereinfachungen“ überarbeitet. Jetzt wird Beratung unter der Überschrift „Grundsatz des Förderns“ an zentraler Stelle als Leistung des Jobcenters benannt. „Leistungsberechtigte Personen erhalten Beratung. Aufgabe der Beratung ist insbesondere die Erteilung von Auskunft und Rat zu Selbsthilfeobliegenheiten und Mitwirkungspflichten, zur Berechnung der Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts und zur Auswahl der Leistungen im Rahmen des Eingliederungsprozesses. Art und Umfang der Beratung richten sich nach dem Beratungsbedarf der leistungsberechtigten Person.“
  - 4a) Wie stellen Sie sicher, dass anerkannte Flüchtlinge ohne Deutschkenntnisse ausreichend beraten werden?
  - 4b) Wie viele Dolmetscher unterstützen die Sachbearbeiter?
  - 4c) Welche Sprachen sprechen besagte Dolmetscher?
  - 4d) Wie viele der Übersetzer sind beim Jobcenter angestellt?
5. Eingliederungsvereinbarungen, Aufforderungen zur Mitwirkungspflicht und Einladungen zum Gespräch beim Arbeitsvermittler werden in deutscher Sprache verfasst.  
Wie stellen Sie sicher, dass Flüchtlinge oder andere Leistungsberechtigte, die der deutschen Sprache in der Schriftform nicht mächtig sind, ihrer Mitwirkungspflicht in vollem Umfang nachkommen können?
6. Betroffene berichten, dass ihnen ein Arbeitsverhältnis z.B. in der Gastronomie vermittelt wurde und der Arbeitgeber für die Einstellung in den ersten (6) Monaten des Arbeitsverhältnisses Förderungen von Seiten des Jobcenters bekommen habe. Läuft die Förderung aus, endet das Arbeitsverhältnis.
  - 6a) Sind Ihnen solche Fälle bekannt?
  - 6b) Falls ja, wie verfahren Sie mit den Arbeitgebern?  
Werden dann auch weiterhin Arbeitskräfte dorthin vermittelt?
7. Menschen im Hartz4 Leistungsbezug steht bei Erstanmietung einer Wohnung nach § 24 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 SGB II eine sogenannte „Erstausrüstungen für die Wohnung“ einschließlich Haushaltsgeräten zu.  
Ebenso sieht der Gesetzgeber vor, dass bei der Geburt eines Kindes eine einmalige Beihilfe für Babyerstausrüstung vom zuständigen Jobcenter gewährt wird.
  - 7a) Wird nach Antragstellung eine Pauschale nach Personenzahl der Bedarfsgemeinschaft gezahlt oder gibt es eine Auflistung über die Höhe der zu zahlenden Beträge in einzelne Posten? (beispielsweise 70,- Euro für eine Matratze)

- 7b) Wenn es eine Pauschale gibt, wer hat die Höhe festgelegt und auf welcher Grundlage?
  - 7c) Sollte eine Pauschale gezahlt werden: sind in dieser Pauschale auch benötigte Elektrogeräte wie Kühlschrank, Waschmaschine etc. enthalten?
  - 7d) Belaufen sich die Beträge auf einzelne Posten: Wer hat die Höhe der Auszahlungsbeträge festgelegt und auf welcher Grundlage wurden sie berechnet?
  - 7e) Wo und wie erfahren anspruchsberechtigte Personen, in welcher Höhe ihnen die einmaligen Leistungen zustehen?
  - 7f) Wie hoch ist die durchschnittliche Höhe der einmaligen Beihilfe für die Erstausrüstung einer Wohnung?  
Wie hoch ist die durchschnittliche Höhe der einmaligen Beihilfe für die Erstausrüstung bei Geburt eines Kindes?
8. Sind Ihnen Leistungsbescheide bekannt, in denen Kindergeld vom Bedarf abgezogen wird, obwohl die Bewilligung der Kindergeldkasse (derzeit 6 Monate Bearbeitungszeit) noch aussteht?

**Anfrage 'Privatfirmen in der Flüchtlingsarbeit – z. B. Lamane UG'**

In der Wetterauer Zeitung vom 24. September 2016 erschienen Anzeigen der Firma Lamane UG, die Teamleiter/innen, Erzieher/innen, Sozialarbeiter/innen und pädagogische Fachkräfte für die Flüchtlingsarbeit in Friedberg und Echzell gesucht werden.

- 1. Hat der Wetteraukreis eine Vereinbarung mit dieser Firma getroffen?
- 2. Wenn ja:
  - Welche Aufgaben hat die Firma zu erledigen?
  - Ist bekannt, zu welchen Bedingungen die Arbeitskräfte eingestellt werden?
  - Wie viele Flüchtlinge werden betreut?
  - Wie hoch sind die Kosten für den Wetteraukreis?
- 3. Wenn nein:
  - Wer hat die Vereinbarung mit dieser Firma getroffen?

**Anfrage 'Schulschwimmen im Wetteraukreis'**

Die Fraktion DIE LINKE. / Piraten bittet um die Beantwortung der folgenden Fragen:

- 1. In welchen Schulen des Wetteraukreises findet Schulschwimmen statt?
- 2. Wie viele Schüler/innen nehmen am Schulschwimmen teil?
- 3. Wie viele Stunden Schwimmunterricht werden insgesamt erteilt?
- 4. Welche Jahrgangsstufen nehmen daran teil? Ist der Schwimmunterricht breit auf die Jahrgänge verteilt oder werden bestimmte Jahrgänge bevorzugt unterrichtet?
- 5. Wie viel kostet den Wetteraukreis das Schulschwimmen und wie viel wird vom Land zugesteuert?

Die Antworten auf Anfragen dauern meist eine geraume Zeit. Erhalten wir eine Antwort, stellen wir sie auf die homepage ein: [www.die-linke-wetterau.de](http://www.die-linke-wetterau.de)  
Dort unter der Rubrik „Kreistag/Anfragen“ zu finden.



Zuletzt noch eine Bitte: Sendet die „aktuelle Post“ an Interessierte Menschen weiter. Wenn jemand die „aktuelle Post“ lesen möchte, kann sie unter [info@die-linke-wetterau.de](mailto:info@die-linke-wetterau.de) bestellt (oder auch abbestellt) werden. Auf der homepage „DIE LINKE Wetterau“ ist die „aktuelle Post“ ebenfalls zu finden.

Viele Grüße von Rudi Kreich, Anja ElFechtali und Gabi Faulhaber